



Ausschussdrucksache 21(17)21
vom 26. Juni 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Anica Heinlein

Co-Vorstandsvorsitzende von VENRO

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Schriftliche Stellungnahme des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Berlin, den 26.06.2026

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
 Öffentliche Anhörung am 8. Juli 2026

Schriftliche Stellungnahme von Anica Heinlein, Co-Vorsitzende des VENRO-Vorstands, zum Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform“

Inhalt

Überblick: Humanitäre Hilfe zwischen Systemkrise und Reformchance	2
These 1: Das humanitäre System steht vor seiner größten Bewährungsprobe. Wird es jetzt nicht entschlossen verteidigt, zahlen die Schwächsten den Preis.	2
1. Die Kluft zwischen humanitären Bedarfen und ihrer Finanzierung wächst dramatisch.	2
2. Die normativen Grundlagen des humanitären Systems werden zunehmend untergraben.	3
3. Humanitäres Handeln wird zunehmend politisiert und nationalen Interessen untergeordnet.	4
These 2: Die aktuelle Kürzungs- und Reformdynamik treibt eine Entwicklung voran, in der verletzte Gruppen zunehmend verlieren.	6
1. Hyperpriorisierung lässt Menschen in Not bewusst zurück.	6
2. Der Fokus auf “life-saving activities” schafft die Krisen von morgen.	7
3. Politisierte Finanzierung schafft gefährliche Präzedenzen und schwächt das etablierte System.	8
These 3: Die Chance für echte Reformen ist da – mehr Lokalisierung, bessere Koordination und mehr Effizienz. Doch sie wird bislang kaum genutzt.	9
1. Die Country-Based Pooled Funds allein werden es nicht richten. Es braucht den Willen zu umfassenden Reformen.	9
2. Im Kern geht es um eine Machtfrage: Ist das System bereit für echte Partnerschaft?	10
3. Effizienz ist nicht gleich Vereinfachung. Ein wirksames humanitäres System setzt auf Komplexität statt Zentralisierung.	11

Überblick: Humanitäre Hilfe zwischen Systemkrise und Reformchance

Ein humanitäres System, das zugleich explodierende Bedarfe und schwindende Mittel bewältigen muss, gerät zwingend ins Wanken. Während die Finanzierungslücke immer weiter wächst, werden gleichzeitig inmitten tiefgreifender geopolitischer Verschiebungen zunehmend auch die normativen Grundlagen des Systems gezielt in Frage gestellt.

Tragfähige Lösungen für die Krise des Systems sind bislang nicht in Sicht. Was nach dem Humanitären Weltgipfel in Istanbul als Reformaufbruch begann, hat bislang nicht die erhofften Veränderungen hervor gebracht. Der „Grand Bargain“ ringt weiterhin um seine Umsetzung, während die akute Finanzkrise unter dem Schlagwort „Humanitarian Reset“ vor allem kurzfristige Anpassungen hervorbringt, ohne die strukturellen Schwächen umfassend zu adressieren.

In dieser Gemengelage droht das humanitäre System nicht nur an fehlenden Ressourcen zu scheitern, sondern auch an der schleichenden Erosion jener Grundsätze, auf denen seine Legitimität und Handlungsfähigkeit beruhen: Humanitäre Prinzipien und humanitäres Völkerrecht werden zunehmend missachtet, verletzt und politisch relativiert, mit fatalen Folgen für das Gesamtsystem.

Es gilt, nicht weniger als die Frage zu beantworten, wie humanitäre Hilfe künftig organisiert und gesteuert werden soll. Das System ist in vielen Bereichen bereits hochgradig spezialisiert, arbeitsteilig organisiert und auf Wirksamkeit ausgerichtet. Gleichzeitig zeigen sich jedoch strukturelle Ungleichgewichte, die Reformen notwendig machen. Diese können und müssen dazu beitragen, vorhandene Ressourcen noch besser einzusetzen, Macht gerechter zu verteilen und lokale und nationale Akteur_innen zu stärken.

Dabei steht mehr auf dem Spiel als die Zukunft einzelner Reformprozesse. Es braucht einen erneuerten politischen und finanziellen Konsens für humanitäres Handeln und ein glaubwürdiges Bekenntnis zu den universellen Regeln des humanitären Völkerrechts.

Deutschland kann eine wichtige gestaltende Rolle dabei einnehmen, den humanitären Konsens zu erneuern: durch mehr finanzielle Verantwortung, verstärktes diplomatisches Engagement und die konsequente Verteidigung der humanitären Prinzipien. Als wichtige Geberin, einflussreiche politische Akteurin und Verfechterin einer regelbasierten internationalen Ordnung kann die Bundesregierung aktiv dazu beitragen, die aktuelle Krise als Chance für echte Reformen zu nutzen – hin zu einem stärker bedarfsorientierten, unabhängigen und konsequent lokal geführten humanitären System. Gerade in Zeiten eines schwindenden internationalen Engagements kann sie durch konkretes Handeln und Übernahme von Verantwortung Führung beweisen.

These 1: Das humanitäre System steht vor seiner größten Bewährungsprobe. Wird es jetzt nicht entschlossen verteidigt, zahlen die Schwächsten den Preis.

1. Die Kluft zwischen humanitären Bedarfen und ihrer Finanzierung wächst dramatisch.

Allein im Jahr 2025 sank das Volumen der humanitären Finanzierung um 20 Prozent auf 33,3 Milliarden US-Dollar – und verschärfte damit einen bereits seit drei Jahren anhaltenden Abwärtstrend. Damit liegt die globale Nothilfefinanzierung wieder auf dem Niveau von 2017, obwohl die Bedarfe seither massiv gestiegen sind. Waren damals rund 141 Millionen Menschen auf Unterstützung angewiesen, lag diese Zahl Ende 2025 bei etwa 300 Millionen.

Besonders stark gingen die Beiträge öffentlicher Geber_innen zurück, vor allem der USA und Deutschland. Diese Kürzungen großer Geber_innen fallen besonders ins Gewicht. Deutschland, lange einer der

wichtigsten humanitären Geber_innen, fiel im aktuellen Global Humanitarian Assistance Report von AL-NAP auf Platz sechs der größten Geberländer zurück. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien haben Deutschland inzwischen überholt.

Dabei treffen diese Kürzungen auf eine Welt, in der humanitäre Krisen zugleich an Umfang, Intensität und Komplexität zunehmen. Die Zahl bewaffneter Konflikte ist so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Klimabedingte Extremereignisse, wirtschaftliche Schocks, Krankheitsausbrüche wie Ebola und neue Formen der Kriegsführung verschärfen bestehende Krisen und drängen immer mehr Menschen in humanitäre Notlagen.

Die Folgen der finanziellen Einschnitte für die humanitäre Handlungsfähigkeit sind damit gravierend: Hilfsorganisationen sehen sich zunehmend gezwungen, weltweit Programme zu reduzieren oder ganz einzustellen, Büros zu schließen oder Personal zu entlassen.

Was dies konkret bedeutet, zeigt der Bericht von Abdikadir Ore aus dem Südsudan (Juni 2026):

„In Galmudug ist die Lage katastrophal. Mittelkürzungen haben alleine hier zur Schließung von elf Gesundheitszentren geführt, darunter auch mobile Kliniken. Gleichzeitig wurden auch Bargeldhilfen und Wasserprogramme eingestellt, Familien haben nun weder Zugang zu Gesundheitsversorgung noch zu sauberem Wasser oder ausreichend Nahrung. Mit gravierenden Folgen: Mütter müssen tatenlos zusehen, wie ihre Kinder immer schwächer werden. Schwangere Frauen haben keine Anlaufstellen mehr. Vermeidbare Krankheiten wie Cholera, Masern und Diphtherie breiten sich aus. Das ist kein schleichender Prozess, sondern ein kompletter Zusammenbruch.“

Durch die Kürzungen werden langjährige Partnerschaften mit lokalen und nationalen Organisationen geschwächt und mühsam aufgebaute lokale Strukturen gefährdet. Die Folgen sind tödlich: Immer weniger Menschen erhalten lebensrettende Unterstützung.

Häufig werden die finanziellen Kürzungen in Geberstaaten mit einer nachlassenden gesellschaftlichen Unterstützung für humanitäre Hilfe begründet. Verschiedene Umfragen und Analysen zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild: Die Bereitschaft der Bevölkerung, Menschen in Not zu unterstützen, bleibt vielerorts hoch. Dies zeigt sich auch am weiterhin hohen Niveau privater Spenden für humanitäre Zwecke.

Diese gesellschaftliche Unterstützung muss sich auch in politischen Entscheidungen widerspiegeln. Deutschland kann zur finanziellen Stabilisierung des humanitären Systems beitragen, indem es die gravierendsten Finanzierungslücken strategisch mindert, gleichzeitig auf effizientere und flexiblere Förderstrukturen setzt und lokal geführte Hilfe stärkt – ohne dabei den Anspruch zu erheben, globale Ausfälle vollständig kompensieren zu müssen.

2. Die normativen Grundlagen des humanitären Systems werden zunehmend untergraben.

Das humanitäre Völkerrecht soll menschliches Leid in bewaffneten Konflikten begrenzen und den Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten. Es gilt für alle Konfliktparteien gleichermaßen und bildet die unverzichtbare Grundlage humanitären Handelns. Die Genfer Konventionen sowie Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN) schreiben den Schutz von Zivilist_innen, Helfer_innen und ziviler Infrastruktur fest und verbieten den Einsatz von Hunger und sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe.

Doch von Jemen über den Sudan, von Gaza über Libanon bis in die Ukraine werden humanitäres Völkerrecht und humanitäre Prinzipien offen missachtet. Angriffe auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur, die bewusste Behinderung humanitärer Hilfe und die Gefährdung und Tötung humanitärer Helfer_innen werden in zahlreichen Konflikten in Kauf genommen oder gezielt eingesetzt.

Dies zeigt sich exemplarisch anhand einiger konkreter Zahlen und Fakten in alarmierender Deutlichkeit:

- In den vergangenen drei Jahren wurden laut Aid Worker Security Database rund 1.000 humanitäre Helfer_innen getötet, viele weitere verletzt. Der Großteil von ihnen waren lokale und nationale Mitarbeitende, die oft unter schwierigsten Bedingungen lebensrettende Hilfe leisten, wenn alle anderen aufgrund der Gefahrenlage die Krisengebiete bereits verlassen haben.
- Die Weltgesundheitsorganisation dokumentierte seit Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 mehr als 3.000 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine.
- Im Sudan setzen die Konfliktparteien Hunger und sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe ein. Das Ernährungssystem ist in weiten Teilen des Landes zusammengebrochen, für einige Regionen hat die UN eine Hungersnot bestätigt. Sexualisierte Gewalt wird systematisch eingesetzt, um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und zu traumatisieren.
- Im Gazastreifen wird humanitäre Hilfe behindert, obwohl der Internationale Gerichtshof Israel mehrfach aufgefordert hat, den humanitären Zugang zu verbessern und Maßnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung zu ergreifen.
- Laut UN wurden 2025 weltweit 9.788 Fälle konfliktbezogener sexualisierter Gewalt in 21 Ländern verifiziert, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. In diesen Fällen wurden Vergewaltigungen, Versklavung und Entführungen gezielt von staatlichen und nichtstaatlichen Akteur_innen als Mittel von Krieg, Terror und politischer Unterdrückung eingesetzt. Die Dunkelziffer liegt hier erheblich höher.

Derartige Verstöße bleiben bislang fast immer ohne Konsequenzen. Doppelstandards bei der Bewertung und Verurteilung von Völkerrechtsverletzungen schwächen die Glaubwürdigkeit und den universellen Anspruch des internationalen Regelwerks zusätzlich. Damit wird aus einem verbindlichen Schutzsystem ein politisch dehnbares Instrument.

Dies hat weitreichende Konsequenzen: Regeln erodieren, Schutzräume verschwinden, und humanitäre Hilfe verliert ihre Arbeitsgrundlage. Wo Normen nicht mehr verlässlich gelten, können Menschen in Konflikten weder geschützt noch versorgt werden. Den Preis zahlen die Menschen in humanitären Notlagen – und das humanitäre Personal.

Deutschland verfügt über gute Voraussetzungen, um sich glaubwürdig für die der humanitären Hilfe zugrunde liegenden Prinzipien und Rechtsnormen einzusetzen. In seiner humanitären Strategie bekennt sich das Auswärtige Amt zu einer prinzipienbasierten humanitären Hilfe sowie zum Schutz und zur Achtung des humanitären Völkerrechts. Gerade in einer Zeit, in der sich die USA zunehmend aus dieser Rolle zurückziehen, sollte Deutschland seine politische und diplomatische Gestaltungsmacht nutzen und die Verteidigung humanitärer Prinzipien und des humanitären Völkerrechts international entschlossen voranzutreiben.

3. Humanitäres Handeln wird zunehmend politisiert und nationalen Interessen untergeordnet.

In vielen Geberstaaten bestimmen zunehmend strategische Interessen wie außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Prioritäten darüber, welche Krisen politische Aufmerksamkeit erhalten und welche humanitären Bedarfe finanziert werden. Humanitäre Prinzipien und das Ausmaß der Not geraten dabei gegenüber geopolitischen Erwägungen zunehmend ins Hintertreffen.

So sendet auch Deutschland als wichtiger Geber ein problematisches Signal, wenn es in seiner humanitären Strategie humanitäre Finanzierung ausdrücklich mit geopolitischen Interessen verknüpft. Der Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland (2022-2025) nennt offen auch

wirtschaftliche Interessen, den Erhalt von Absatzmärkten sowie migrationspolitische Erwägungen als Begründungsrahmen für humanitäre Hilfe. Damit schwächt auch Deutschland das zentrale Prinzip humanitärer Hilfe – Unterstützung allein nach dem Ausmaß der Not – und macht humanitäre Hilfe in Missachtung der Prinzipien zu einem transaktionalen Instrument zur Durchsetzung strategischer Interessen.

Die Folge ist eine wachsende Konzentration von Ressourcen auf politisch und medial als relevant angesehene Krisen, während andere Konflikte und sogenannte vernachlässigte Krisen weiter an Aufmerksamkeit und Finanzierung verlieren. Der starke Fokus vieler europäischer Geberländer inklusive Deutschlands auf Nahost und die Ukraine verdeutlicht diese Entwicklung.

Stattdessen sollten Geberstaaten ihr humanitäres Engagement strikt an den Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit ausrichten. Denn diese historisch gewachsenen und international anerkannten Grundsätze sind nicht nur normative Leitlinie, sondern auch operative Voraussetzung: Nur wenn Hilfe nicht als politisch oder strategisch motiviert wahrgenommen wird, bleibt der Zugang zu betroffenen Bevölkerungen erhalten und die Sicherheit humanitärer Akteur_innen gewährleistet, weil sie nicht als verlängerter Arm ihrer Finanzierer gelten.

Eine Instrumentalisierung humanitärer Mittel für außen- oder sicherheitspolitische Ziele untergräbt hingegen Vertrauen, schränkt Handlungsräume ein und schwächt langfristig die Wirksamkeit des gesamten Systems. Für prinzipienorientierte Geber_innen muss dies also bedeuten, ihre Finanzierungspraxis konsequent an Bedarfen auszurichten und eine klare Trennung zwischen humanitären und politischen Zielsetzungen sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die wachsende Rolle privater Akteur_innen kritisch zu betrachten, insbesondere, wenn diese neben humanitären Zielen auch politische oder wirtschaftliche Interessen verfolgen. Sie orientieren sich nicht immer an den humanitären Prinzipien und schaffen parallele Strukturen außerhalb des etablierten humanitären Systems. Dies kann weitreichende Folge haben: Wenn betroffene Menschen nicht mehr darauf vertrauen können, dass Hilfe allein nach dem Maß der Not geleistet wird, Verteilungen sicher und würdevoll erfolgen und sensible Daten verantwortungsvoll geschützt werden, geraten die Grundlagen humanitären Handelns ins Wanken. Wo Vertrauen, Akzeptanz und Unabhängigkeit verloren gehen, wird es schwieriger, Menschen in Not sicher, unparteiisch und bedarfsgerecht zu erreichen.

Ein Beispiel dafür ist die Gaza Humanitarian Foundation (GHF), eine private, von den USA und Israel unterstützte Organisation zur Verteilung von Hilfsgütern. An den Verteilzentren der GHF kam es wiederholt zu tödlichen Schüssen und chaotischen Zuständen, wie auch der Bericht von Mahmoud (18 Jahre) zeigt:

„Wir wollten nur Essen für unsere Familie. Dann haben sie angefangen, auf die Menschen zu schießen, sie haben uns mit ihren Waffen regelrecht niedergemäht. Es war wie in Squid Game – nur real.“

Die Verteidigung der humanitären Prinzipien ist damit keine abstrakte normative Debatte. Sie entscheidet darüber, ob Menschen in Not Unterstützung und Schutz erhalten, humanitäre Helfer_innen sicher arbeiten können und lebensrettende Hilfe diejenigen erreicht, die sie am dringendsten benötigen. Die internationale Gebergemeinschaft, darunter Deutschland, muss sicherstellen, dass humanitäre Prinzipien und Bedarfe wieder an oberster Stelle stehen.

Das empfiehlt VENRO:

- ✓ **Eine ausreichende Finanzierung für humanitäre Hilfe.** Geberstaaten müssen die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich erhöhen. Deutschland sollte mindestens 2,8 Mrd. Euro für 2027 bereitstellen und mittelfristig einen jährlichen Mindestsockelbetrag einführen, um mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit herzustellen.

- ✓ **Die konsequente Verteidigung des humanitären Völkerrechts.** Deutschland sollte dafür eintreten, dass die Staatengemeinschaft Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unabhängig vom politischen Kontext benennt, verurteilt und geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung und Ahndung ergreift. Die „Global Initiative to Galvanize Political Commitment to International Humanitarian Law“ bietet hierfür einen wichtigen Anknüpfungspunkt.
- ✓ **Ein klares Bekenntnis zu prinzipienbasierter statt interessengeleiteter Hilfe.** Humanitäre Hilfe muss unabhängig, unparteiisch und ausschließlich nach dem Maß humanitärer Bedarfe bereitgestellt werden. Politische, wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Interessen dürfen nicht darüber entscheiden, wer Unterstützung erhält. Deutschland sollte diese Grundsätze entschlossen verteidigen und sowohl im eigenen Handeln als auch international glaubwürdig vertreten.

These 2: Die aktuelle Kürzungs- und Reformdynamik treibt eine Entwicklung voran, in der verletzte Gruppen zunehmend verlieren.

1. Hyperpriorisierung lässt Menschen in Not bewusst zurück.

Die Finanzierungslücke zwingt humanitäre Akteur_innen zu immer härteren Priorisierungsentscheidungen: Während 2019 noch 64 Prozent der in den UN-Hilfsappellen erfassten humanitären Bedarfe finanziert werden konnten, waren es 2025 nur noch 36 Prozent. Fast zwei Drittel der identifizierten Bedarfe blieben damit ungedeckt, Millionen Menschen erhielten keine Unterstützung. Für sie fehlten Nahrungsmittel, sauberes Wasser, medizinische Versorgung, Schutz oder eine sichere Unterkunft.

Gleichzeitig hat das UN-Nothilfebüro (OCHA) im vergangenen Jahr die Methodik zur Erfassung humanitärer Bedarfe für die UN-Hilfsappelle angepasst. Dadurch sank die ausgewiesene Gesamtzahl von Menschen in Not rechnerisch: Während OCHA für 2025 noch von insgesamt 300 Millionen Menschen ausging, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sein würden, waren es für 2026 nur noch insgesamt 239 Millionen Menschen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die tatsächlichen humanitären Bedarfe in diesem verringert hätten. Vielmehr verändert die neue Methodik die statistische Abbildung der Krise.

Noch weitreichender sind die Folgen der sogenannten Hyperpriorisierung, die OCHA im Rahmen des Humanitarian Reset vorantreibt. Von den 239 Millionen Menschen, die OCHA für 2026 als auf humanitäre Hilfe angewiesen erfasst, gelten nur noch 87 Millionen Menschen als prioritäre Zielgruppe. Für sie wird ein Finanzierungsbedarf von 23 Milliarden US-Dollar ausgewiesen. Die Bedarfe der übrigen Menschen werden zwar weiterhin dokumentiert, stehen für die operative Planung und Ressourcenallokation jedoch deutlich weniger im Fokus. Der Ansatz der Hyperpriorisierung konzentriert die verfügbaren Ressourcen auf jene Menschen und Regionen, die von den schwersten und unmittelbar lebensbedrohlichen Krisensituationen betroffen sind. Damit verschiebt sich das humanitäre System von dem Anspruch, humanitäre Bedarfe möglichst umfassend zu erfassen und zu adressieren, hin zu einer verschärften Form der Triage mit der entschieden wird, wer vorrangig Hilfe erhält und wer nicht.

Gleichzeitig wurden acht Länder identifiziert, in denen im Rahmen einer beschleunigten Transition der Umfang humanitärer Koordination zurückgefahren werden soll, darunter Kamerun, Kolumbien und Nigeria. Ziehen sich Humanitarian Coordinators, Humanitarian Country Teams (HCTs) und humanitäre Clustersysteme zurück, entstehen Lücken, die unter anderem lokale und nationale Akteur_innen schließen sollen. Es ist zwar zu begrüßen, dass sie diese wichtigen Funktionen übernehmen, jedoch leiden sie unter der derzeitigen Finanzingskrise nachweislich am meisten.

Auf dem Papier sinken durch diese vorgenommenen Veränderungen zwar die Zahl der berücksichtigten Menschen in Not und damit auch der ausgewiesene Finanzierungsbedarf. Die tatsächlichen humanitären

Bedarfe verschwinden dadurch jedoch nicht. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Millionen Menschen aus den Planungs- und Finanzierungsmechanismen herausfallen, obwohl sie weiterhin auf Unterstützung angewiesen sind. Deutschland sollte sich deshalb zusammen mit anderen Geberländern in der OCHA Donor Support Group entschieden dafür einsetzen, dass OCHA die tatsächliche Anzahl der Menschen in Not erhebt und nicht künstlich versucht, die Bedarfs- und Finanzierungszahlen zu schrumpfen.

2. Der Fokus auf “life-saving activities” schafft die Krisen von morgen.

Mit der Hyperpriorisierung startete auch eine Diskussion um einen Fokus auf akute Lebensrettung, etwa durch Nahrungsmittelhilfe oder Trinkwasserbereitstellung. Allerdings birgt dieser Fokus erhebliche Risiken: Zur Diskussion stehen zunehmend nun Bereiche, die essenziell für die Würde, Sicherheit und langfristige Perspektive von Menschen in Notsituationen sind. Besonders betroffen sind beispielsweise Schutzmaßnahmen, etwa gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt, Kinderschutz, Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, Bildung in Notsituationen, spezialisierte Gesundheitsmaßnahmen wie psychosoziale Unterstützung sowie vorausschauende humanitäre Hilfe.

Zwei Stimmen transportieren hiervon ein Bild:

Fatima, 18 (in 2022), Afghanistan: „Ich habe jeden Tag geweint, nachdem mir gesagt wurde, dass die Schulen geschlossen sind. Ich habe meine Hoffnung verloren. Nicht zur Schule gehen zu können, hat negative Auswirkungen auf jedes Mädchen. Ich fühle mich deprimiert und psychisch belastet. Wenn ich in die Zukunft blicke, ist es dunkel. Wir leiden jeden Tag, an dem wir nicht zur Schule gehen können. Wir hatten Ambitionen, aber jetzt haben wir uns selbst verloren.“

Neema, 18 (Name geändert, in 2025), intern Vertriebene in der DR Kongo: "Zwei Männer zerrten mich in den Busch von der Straße weg. Dort vergewaltigten sie mich. Ich habe gehört, dass es ein Gesundheitszentrum gibt, wo sie vertraulich sind und Mädchen wie mich unterstützen. Also bin ich sofort dorthin gegangen, um Hilfe zu suchen. Ich war erleichtert, weil ich so starke Schmerzen im Unterbauch hatte. Und ich fühlte mich sicher und wusste, dass ich nicht mit den Folgen sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung rechnen musste, da man das, was mir widerfahren war, vertraulich behandelte. Eine Psychologin sprach auch mit mir und half mir zu verstehen, was passiert war und wie ich damit umgehen konnte. Die Unterstützung, die ich hier erhalten habe, hat mein Leben gerettet. "

Die Verengung auf physische Bedürfnisse wird der Realität der Notlagen nicht gerecht und greift zu kurz gegenüber dem Anspruch humanitärer Hilfe, Leben zu retten, Leid zu mindern und die Würde und Rechte von Menschen in Not zu schützen. Und auch die Befriedigung der physischen Bedürfnisse hat Lücken: Wer erst dann unterstützt wird, wenn Hunger zur Hungersnot geworden ist, erhält Hilfe zu spät. Damit schafft das Sparen von heute die Krisen von morgen. Die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen, Resilienzstärkung und vorausschauendes Handeln sind Investitionen, um langfristig menschliches Leid und Kosten zu reduzieren.

Statt Krisenfolgen zu adressieren und Abhängigkeiten von Hilfe zu minimieren, droht damit eine Rückkehr zu einem System, das vor allem Symptome verwaltet. Deutschland hat in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass Menschen in Not umfassend und in Würde versorgt wurden, und sich als Vorreiter für vorausschauende humanitäre Hilfe positioniert. Die Bundesregierung sollte nun aktiv verhindern, dass die Erfolge, zu der sie als wichtiger Geberin selbst beigetragen hat, sehenden Auges vernichtet werden.

3. Politisierte Finanzierung schafft gefährliche Präzedenzen und schwächt das etablierte System.

Neben den schwindenden Mitteln für das globale humanitäre System beeinflusst auch wachsende politische Einflussnahme auf Finanzierungsentscheidungen, wer in humanitären Kontexten versorgt wird – und wer nicht. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der jüngsten Mittelzusagen durch die USA.

Nachdem die USA ihre humanitären Beiträge zunächst drastisch gekürzt hatten, kündigten sie Ende 2025 sowie im Mai 2026 neue Mittel für OCHA an. Im Juni 2026 folgten dann weitere Mittel für das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) und das Welternährungsprogramm (WFP). Die zugesagten Mittel sind jedoch an weitreichende politische Vorgaben geknüpft und werden über einen separaten Mechanismus (USUN Country-Based Pooled Funds (CBPFs)) verausgabt. Sie fließen so ausschließlich in von den USA priorisierte Länder und ausgewählte Sektoren.

Eine zentrale Befürchtung hat sich bislang nur teilweise bestätigt: Für die von der US-Regierung reaktivierte und deutlich ausgeweitete Global Gag Rule (jetzt „Promoting Human Flourishing in Foreign Assistance“, PHFFA), die erstmals ausdrücklich auch auf humanitäre Kontexte angewendet wird, gilt derzeit für die Mittel für OCHA, UNICEF und WFP offenbar durch eine informelle mündliche Vereinbarung eine Ausnahme von der PHFFA. Doch führt diese Rechtsunsicherheit in der Praxis dazu, dass insbesondere spezialisierte Organisationen vielfach davon absehen, entsprechende Fördermittel überhaupt zu beantragen. PHFFA untersagt nicht nur jegliche Arbeit zu Abtreibung, sondern umfasst auch Einschränkungen für Ansätze im Bereich Gender Identity sowie Diversity, Equity und Inclusion, was Programme und Partnerschaften erheblich beeinflussen kann. In strenger Auslegung kann dies sogar die Zusammenarbeit mit besonders schutzbedürftigen Gruppen – etwa Menschen mit Behinderungen oder Minderheiten – erschweren.

Erste Auswertungen der über die USUN-CBPFs bereitgestellten US-Mittel zeigen, dass kaum Mittel an lokale und nationale Organisationen vergeben wurden. Von den gesamten 2 Milliarden US-Dollar der ersten Tranche an OCHA erhielten sie nur 11,9 Prozent, davon 4,1 Prozent direkt. Ein Grund dafür ist die äußerst knappe Verausgabungsfrist von nur sechs Monaten. Diese Frist erzeugt zudem starken Verausgabungsdruck, der dazu führte, dass die Mittel nicht systematisch dazu eingesetzt wurde, die Schwächsten in den am schwersten zu erreichenden Gebieten in den jeweiligen Kontexten zu identifizieren und zu versorgen. Angesichts der globalen humanitären Situation stellen solche Sonderwege in der Finanzierung eine erhebliche Schwächung des humanitären Systems dar.

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die USA ihre humanitären Mittel wieder aufstocken. Zugleich kommt Deutschland – gemeinsam mit anderen Geber_innen – die wichtige Rolle zu, darauf hinzuwirken, dass dies konsequent prinzipien- und bedarfsorientiert erfolgt. Die Bundesregierung sollte sich diesen anspruchsvollen Diskussionen aktiv stellen, um sicherzustellen, dass in der angespannten Finanzlage möglichst viele Mittel tatsächlich bei den vulnerabelsten Menschen ankommen. Solange US-Beiträge an politische Auflagen gebunden sind, ist es zudem zentral, dass die bisher in den UNUS-CBPFs getrennt geführten US-Mittel auch weiterhin nicht mit den regulären CBPFs zusammengelegt werden.

Das empfiehlt VENRO:

- ✓ **Umfassende Erfassung humanitärer Bedarfe.** OCHA als zentrale Stelle für die Koordinierung internationaler humanitärer Hilfe muss sicherstellen, dass humanitäre Bedarfe transparent, umfassend und unabhängig von finanziellen Zwängen erfasst und dargestellt werden. Geberstaaten wie Deutschland müssen OCHA hierzu in die Pflicht nehmen.
- ✓ **Keine Verengung humanitärer Hilfe auf akute Überlebenssicherung.** Humanitäre Hilfe muss sich an den tatsächlichen Bedarfen der betroffenen Menschen orientieren und darf nicht auf rein

physische Bedürfnisse konzentrierte Maßnahmen beschränkt werden. Auch Schutz vor Gewalt, psychosoziale Unterstützung, Bildung sowie Maßnahmen der vorausschauenden Hilfe müssen weiterhin als zentrale Bestandteile humanitärer Hilfe anerkannt und finanziert werden.

- ✓ **Keine Schwächung des etablierten humanitären Systems durch Parallelstrukturen.** Geberstaaten sollten auf politisch gesteuerte Parallelstrukturen verzichten und stattdessen etablierte Mechanismen stärken. Deutschland sollte entsprechend auf andere Länder einwirken und dafür Sorge tragen, dass schädliche politische Vorgaben vermieden und keinesfalls auf deutsche Finanzierungen übertragen werden.

These 3: Die Chance für echte Reformen ist da – mehr Lokalisierung, bessere Koordination und mehr Effizienz. Doch sie wird bislang kaum genutzt.

1. Die Country-Based Pooled Funds allein werden es nicht richten. Es braucht den Willen zu umfassenden Reformen.

Das globale humanitäre System steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter Reformdruck. An den grundlegenden Reformzielen besteht dabei weiterhin Einigkeit: Humanitäre Hilfe soll stärker lokal geführt, konsequent an den Bedürfnissen Betroffener ausgerichtet und durch gerechtere Finanzierungs- und Koordinierungsstrukturen unterstützt werden. Dennoch bleiben Fortschritte begrenzt. Zwar mangelt es weder an Analysen noch an politischen Selbstverpflichtungen, doch die notwendigen strukturellen Veränderungen werden bislang kaum umgesetzt.

Besonders deutlich zeigt sich diese Diskrepanz bei der Lokalisierung. Trotz zahlreicher Reforminitiativen und politischer Bekenntnisse sind lokale und nationale Akteur_innen bis heute keine gleichberechtigten Partner_innen im humanitären System. Der Zugang zu direkter Finanzierung bleibt sehr begrenzt. Laut ODI erhielten lokale und nationale Akteur_innen 2024 weniger als 10 Prozent der Mittel, davon nur 3,8 Prozent direkt. Auch ihre Beteiligung an strategischen Entscheidungen, Koordinierungsmechanismen und Führungsstrukturen ist weiterhin unzureichend. Dabei leisten sie in vielen Krisen den Großteil der operativen Arbeit, verfügen über den besten Zugang zu betroffenen Gemeinschaften und bleiben häufig auch dann vor Ort, wenn internationale Akteur_innen sich zurückziehen.

Die aktuelle Finanzierungs Krise verschärft diese Defizite: Organisationen müssen Personal abbauen, Programme einstellen und Büros schließen. Lokale und nationale Akteur_innen sind davon besonders betroffen, da sie über geringere Rücklagen verfügen. Dadurch gehen nicht nur Kapazitäten und Expertise verloren, sondern auch die lokale Präsenz, die für Zugang, Bedarfserhebung und wirksame Hilfe essenziell ist. Die Kürzungen gefährden damit Reichweite, Qualität und Zukunftsfähigkeit humanitärer Unterstützung.

Der Humanitarian Reset präsentiert die von OCHA verwalteten Country-Based Pooled Funds (CBPFs) als wesentliches Instrument, um Lokalisierungsfortschritte zu erzielen und mehr Mittel an lokale und nationale Akteur_innen weiterzuleiten – künftig nach dem Willen des UN-Nothilfekordinators 70 Prozent. In der Praxis verbleibt jedoch weiterhin ein erheblicher Anteil der Mittel aus CBPFs bei UN-Organisationen und internationalen Nichtregierungsorganisation (NRO), während Zugangshürden für lokale und nationale Organisationen fortbestehen. Eine einseitige Fokussierung auf CBPFs greift daher zu kurz. Sie sind ein wichtiges Instrument, können aber die strukturellen Probleme nicht lösen. Stattdessen braucht es eine diversifizierte Finanzierungslandschaft einschließlich lokal verwalteter Fonds und NRO-geführten Mechanismen sowie stärkerer Direktfinanzierung.

Zudem bleibt die Finanzierungsarchitektur insgesamt ineffizient: Ein Großteil der Mittel fließt weiterhin über mehrstufige Ketten – oft von UN-Organisationen über internationale NRO bis zu lokalen und nationalen Partner_innen. Dabei werden erhebliche Ressourcen in Verwaltungsstrukturen gebunden, während lokalen und nationalen Organisationen meist keine gleichberechtigte Mitgestaltung ermöglicht wird. Eine stärkere direkte Finanzierung von Umsetzungsorganisationen würde auch dieser Problematik entgegenwirken: Sie erhöht die Effizienz, stärkt lokale Kapazitäten und trägt zu einem resilienteren, diverseren Akteurssystem bei.

Deutschland sollte sich deshalb ein Ziel für Direktfinanzierungen für lokale und nationale Akteur_innen ohne zwischengeschaltete internationale Organisationen setzen. Erste Piloterfahrungen werden in der Ukraine-Krise gemacht und sollten auf andere Kontexte ausgeweitet werden.

2. Im Kern geht es um eine Machtfrage: Ist das System bereit für echte Partnerschaft?

Finanzierungsfragen sind eng mit der Machtfrage verknüpft. Damit ein stärker lokal geführtes System funktionieren kann, braucht es ein grundlegendes Umdenken im Verständnis von Partnerschaft und Macht. Noch immer dominieren historisch gewachsene Hierarchien das System. Erforderlich sind stattdessen gleichberechtigte und faire Partnerschaften, die lokale und nationale Akteur_innen nicht nur als Umsetzungspartner_innen, sondern als Mitgestalter_innen und Entscheidungsträger_innen anerkennen.

Gerade in humanitären Koordinierungsstrukturen zeigen sich die Machtasymmetrien jedoch deutlich. Aktuelle Auswertungen zeigen, dass lokale und nationale Organisationen zwar den größten Anteil der Partner im Clustersystem stellen – 2024 etwa 47 Prozent aller beteiligten Organisationen – und auch zunehmend in Inter-Cluster Coordination Groups (ICCGs) stark vertreten sind, wo sie inzwischen über die Hälfte der Teilnehmenden ausmachen. Gleichzeitig bleibt ihr Einfluss auf strategische Entscheidungen nach wie vor begrenzt. In Humanitarian Country Teams (HCTs), den zentralen Gremien für strategische Steuerung, lag ihr Anteil 2023 nur bei rund 11 Prozent und damit weit unter dem von Geber_innen. Damit reproduziert das derzeitige Koordinierungssystem über Cluster und HCTs eine funktionale Trennung zwischen operativer Beteiligung (stark lokal geprägt) und strategischer Steuerung (weiterhin international dominiert).

Die Bewertung des humanitären Koordinierungssystems durch eine Frauenrechtsorganisation aus der Ukraine verdeutlicht die Schwächen eindrücklich:

„Wir sehen keine kontinuierliche Beteiligung von Frauenrechtsorganisationen an Entscheidungsprozessen. Lokale Initiativen haben oft keinen Überblick über staatlich organisierte Maßnahmen oder über Hilfeleistungen, Lieferungen und Mittel internationaler Organisationen und Geber. Informationsveranstaltungen sind stark von Fachjargon geprägt und bieten nur wenige niederschwellige Zugangsmöglichkeiten für kleinere und neuere zivilgesellschaftliche Organisationen. Gezielte Ansprache lokaler Initiativen und NGOs gibt es quasi nicht.“

Humanitäre Koordinierungsstrukturen müssen zu Räumen für geteilte Führung, echte Mitbestimmung und kollektive Prioritätensetzung werden, die vorhandene nationale Systeme stärken und sich perspektivisch überflüssig machen. Besonders wichtig ist dabei die systematische Einbindung von Frauenrechtsorganisationen, frauengeführten Organisationen und Selbstvertretungsorganisationen marginalisierter Gruppen, deren Beitrag für bedarfsgerechte Hilfe zentral ist. Eine konsequente Weiterentwicklung von Mechanismen wie Clustern und HCTs bleibt daher entscheidend, um Koordinierung wirksamer, rechenschaftspflichtiger und näher an den Bedürfnissen betroffener Bevölkerungen auszurichten.

Dies erfordert jedoch auch Veränderungen bei den Regeln und Anreizen des Systems. Humanitäre Hilfe wird häufig in Kontexten geleistet, die von Unsicherheit, fragilen Strukturen und hohen Risiken geprägt sind. Rechenschaftspflicht und Qualitätssicherung sind deshalb unverzichtbar, die bestehenden komple-

zen Compliance- und Kontrollanforderungen benachteiligen jedoch oft kleinere lokale und nationale Organisationen. Dabei liegen längst praktikable Lösungen auf dem Tisch. Harmonisierte Sorgfaltsprüfungen (Due Diligence) und transparente „Passporting“-Verfahren könnten Doppelprüfungen vermeiden, Verwaltungsaufwand reduzieren und Ressourcen freisetzen.

Hinzu kommt, dass Risiken bislang ungleich verteilt sind. Während Geber_innen und internationale Organisationen einen großen Teil der Steuerungs- und Entscheidungsmacht behalten, tragen lokale und nationale Akteur_innen häufig die operativen Risiken – etwa in den Bereichen Sicherheit, Zugang oder Haftung. Eine ernsthafte Lokalisierung erfordert daher auch eine gerechtere Verteilung von Risiken und Verantwortung. Geber_innen sollten ihre Förder- und Steuerungsansätze entsprechend anpassen und stärker auf Risiko-Sharing statt Risiko-Verlagerung setzen.

Die aktuelle Krise darf nicht zu einem Aufschub von Reformen führen, sondern muss als Anlass dienen, das humanitäre System entschlossen weiterzuentwickeln. Denn letztlich braucht es eine deutlich umfassendere Reformagenda, die über einzelne Finanzierungsinstrumente hinausgeht. Im Kern geht es um die Verlagerung von Entscheidungsmacht, eine gerechtere Verteilung von Risiken sowie eine konsequent bedarfsorientierte Ausrichtung humanitärer Hilfe. Deutschland sollte als Teil seines internationalen Engagements dazu beitragen, diese Fragen wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um das humanitäre System wirksamer, gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten.

3. Effizienz ist nicht gleich Vereinfachung. Ein wirksames humanitäres System setzt auf Komplementarität statt Zentralisierung.

Humanitäre Krisen sind komplex. Sie erfordern unterschiedliche Fähigkeiten, Zugänge und Kompetenzen. Die Stärke des humanitären Systems liegt deshalb auch explizit in seiner Vielfalt. Internationale Organisationen, nationale und lokale Akteur_innen, die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen unterschiedliche, sich ergänzende Funktionen. Reformen sollten deshalb nicht auf Zentralisierung setzen, sondern auf eine bewusste Rückbesinnung und teilweise Neudefinition der unterschiedlichen Rollen sowie der konsequenten Nutzung der komplementären Stärken der verschiedenen Akteur_innen.

Ziel muss ein System sein, in dem Aufgaben möglichst dort wahrgenommen werden, wo sie am wirksamsten und effizientesten erfüllt werden können: so lokal wie möglich, so international wie nötig. Nicht-regierungsorganisationen sind dabei nicht nur ein wichtiger Bestandteil des Systems, sondern häufig der wirksamste Hebel für eine lokalisierte, bedarfsorientierte und kosteneffiziente Hilfe.

Lokale und nationale Akteur_innen verfügen über tiefes Kontextwissen, gesellschaftliche Akzeptanz und langfristige Präsenz. Sie ermöglichen Zugang zu schwer erreichbaren vulnerablen Gruppen und können auch in politisierten Kontexten unabhängig und regierungsfern arbeiten. Bei sich schnell verändernden Lagen können sie unmittelbar und flexibel umsteuern und Projekte und Konzepte adaptieren.

Internationale NRO wiederum investieren in langfristige Partnerschaften, Kapazitätsaustausch und die Stärkung lokaler Strukturen. Sie schaffen Zugänge zu staatlicher Finanzierung und arbeiten in der Regel mit kürzeren und kosteneffizienteren Partnerketten als viele multilaterale Strukturen. In akut auftretenden Krisen sind sie es, die gezielt Kapazitäten bei lokalen und nationalen Organisationen aufbauen, diese mit Fachexpertise unterstützen und die wichtige Rolle der Rechenschaftspflicht gegenüber Geber_innen übernehmen.

Schließlich bleiben die Vereinten Nationen unverzichtbar für die Koordinierung komplexer humanitärer Hilfe in Kontexten ohne entsprechende Infrastruktur, die Bereitstellung essenzieller Dienste, Daten sowie logistischer Kapazitäten, humanitärer Diplomatie, Zugangsverhandlungen und die Verteidigung hu-

manitärer Normen. Multilaterale Organisationen sind zentral, um groß angelegte Programme zu ermöglichen und gemeinsame Standards sicherzustellen. In der operativen Umsetzung vor Ort sind sie jedoch nicht die primäre Antwort.

Ein reformiertes System sollte daher die jeweiligen Stärken multilateraler, zivilgesellschaftlicher, internationaler und lokaler Akteurinnen gezielt miteinander verbinden. Auch Deutschland sollte ein vielfältiges Portfolio an Partnerorganisationen fördern und Finanzierungsentscheidungen daran ausrichten, welche Akteur_innen humanitäre Bedarfe am wirksamsten und effizientesten adressieren können, wobei lokale und nationale Organisationen häufig besonders gut positioniert sind.

Das empfiehlt VENRO:

- ✓ **Eine vielfältige und lokalisierungsfördernde Finanzierungsarchitektur.** Geber_innen sollten ein breites Portfolio unterschiedlicher Finanzierungsmechanismen aufrechterhalten und bewusst kosteneffiziente und lokalisierungsfördernde Strukturen fördern. Lokale und nationale Akteur_innen müssen einen deutlich direkteren Zugang zu Finanzierung erhalten. Mittel sollten flexibel, mehrjährig und planbar bereitgestellt und auch indirekte Kosten abdecken. Bürokratische Hürden sollten konsequent abgebaut werden.
- ✓ **Abbau von Machtasymmetrien zugunsten gerechter Partnerschaften.** Lokale und nationale Akteur_innen müssen stärker an Entscheidungen beteiligt werden und Führungsrollen in Koordinierungsmechanismen übernehmen können. Insbesondere Frauenrechtsorganisationen, frauengeführte Organisationen und Selbstvertretungsorganisationen marginalisierter Gruppen müssen gezielt gestärkt werden.
- ✓ **Komplementarität statt Zentralisierung.** Reformen dürfen nicht an Ankündigungen, sondern müssen an ihrer Wirkung für betroffene Menschen gemessen werden. Die humanitäre Hilfe muss politisch so reformiert werden, dass sie dezentral, lokal verankert und arbeitsteilig organisiert ist, wobei Finanzierungs- und Steuerungsentscheidungen konsequent an Wirksamkeit, Effizienz und komplementären Stärken der beteiligten Akteur_innen ausgerichtet werden.

Weitere Informationen finden Sie in unseren aktuellen Publikationen auf unserer Webseite, darunter:

VENRO-Stellungnahme (2026): [↘ Nahostkrise – Verwundbare und marginalisierte Bevölkerungsgruppen müssen besser vor den humanitären und sozialen Folgen geschützt werden.](#)

VENRO-Standpunkt (2025): [↘ Mehr als ein Versprechen – Lokalisierung konsequent umsetzen.](#)

VENRO-Handreichung (2025): [↘ Vorausschauende humanitäre Hilfe – Wissen und Werkzeuge für die Praxis.](#)